

Höhere Gewalt

Transformation soll benannt werden: die stetig steigenden Kosten des staatlichen Sozialstaats, die knappen Kassen der öffentlichen Haushalte und deren Schuldenlast. So ging es bei diesen Reformen des Sozialstaates offensichtlich um die wirtschaftliche Frage, wie Einsparpotenziale realisiert werden können, damit die öffentlichen Haushalte zu einem ausgeglichenen Verhältnis von Steuereinnahmen und sozialstaatlichen Ausgaben gelangen können.

Weiter zugespitzt hat sich das Problem der staatlichen Überschuldung durch die in den zurückliegenden Jahren ausbrechenden Finanz- und Eurokrisen. Diese Krisen führen zu enormen staatlichen Aufwendungen, um Banken und Staatshaushalte zu retten, die kurz vor dem Bankrott standen. Auch wenn aufgrund der geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (insbesondere durch den niedrigen Leitzins) die Staatshaushalte, mithin deren Schuldendienste entlastet wurden, hat sich die Haushaltssituation nicht nachhaltig entspannt. Daher bleibt ein zentrales staatliches Ziel, Einsparpotenziale zu finden und zu realisieren.

Der Sozialbereich wird hier als ein relevantes politisches Feld markiert und dies hat politische Auseinandersetzungen und Kämpfe zur Folge. Denn gerade angesichts der hohen Staatsausgaben zur Bankenrettung fragen sich die Verteidiger des etablierten Wohlfahrstaates, wieso dafür, aber nicht zur Konsolidierung und zum Ausbau der sozialen Wohlfahrt mehr Geld ausgegeben werden kann. Von der politischen Gegenseite ist demgegenüber zu hören „Was Geld angeht, wird der Wohlfahrtsstaat zu teuer“, wie Niklas Luhmann (2011, S. 88) aus der Perspektive seiner Systemtheorie des Wohlfahrtsstaates bereits Anfang der 1980er-Jahre feststellte, und Geld ist das zentrale Medium des Wirtschaftssystems, das auch die Soziale Arbeit maßgeblich tangiert und kontextuell einrahmt.

Da gerade in der Sozialen Arbeit die Wirkung der Wirtschaft als kapitalistische Ökonomisierung immer wieder kritisiert wird, wollen wir uns diesem System zuwenden und zwei entgegengesetzte Verständnisse der wirtschaftlichen Ordnung unterscheiden: Planwirtschaft versus Marktwirtschaft. Die Soziale Arbeit lässt sich, etwa hinsichtlich ihrer Finanzierung und bezüglich ihres Einsatzes weder klar als plan- noch als marktwirtschaftlich charakterisieren – sie changiert zwischen beiden Formen hin und her.

Noch bis zum 25. April zeigt das Deutsche Historische Museum in Berlin eine besonders sehenswerte Ausstellung zur Geschichte der Rote Armee Fraktion (RAF) von ihrer Gründung 1970 bis zur Auflösung 1998. Das „Gründungs“-Drama ereignete sich am 14. Mai 1970 in der Bibliothek des DZI. Andreas Baader durfte dort während seiner Haftzeit (verurteilt wegen Brandstiftung in einem Frankfurter Kaufhaus) unter Bewachung für ein angebliches Buchprojekt recherchieren und an jenem Tag dazu auch ein Gespräch mit der Journalistin Ulrike Meinhof führen. Gudrun Ensslin und weitere Komplizen befreiten Baader dort mit Waffengewalt. Beide Justizbeamten wurden leicht und ein Bibliothekar des DZI schwer verletzt. Ulrike Meinhof flüchtete mit Baader und seinen übrigen Befreibern und wurde mit ihnen wegen Mordversuchs von da an steckbrieflich gesucht. Die zunächst als „Baader-Meinhof-Bande“ titulierte Gruppe hielt rund ein Vierteljahrhundert lang als RAF die Bundesrepublik Deutschland mit ihren Gewalttaten in Atem.

Eine Überraschung bietet die aktuelle Ausstellung zur RAF gleich in der ersten Vitrine: In einem Flugblatt von 1968 entrüstet sich die „Kommune 1“ anlässlich einer schrecklichen Brandkatastrophe in einem Brüsseler Kaufhaus mit über 300 Toten darüber, dass Medien und Öffentlichkeit sich über diese Opfer so überaus betroffen zeigen, während die sehr viele höhere Zahl der Toten des zeitgleich wütenden Vietnam-Krieges nicht annähernd so viel öffentliche Aufmerksamkeit und Mitgefühl erregte. Den Zorn der Kommune 1 können heute vermutlich viel mehr Menschen nachvollziehen als damals, wo eine große Bevölkerungsmehrheit lange nicht wahrhaben wollte, dass die USA als Führungsmacht der westlichen Welt sich dort Gewaltexesse mit zehntausendfachem Leid zu Schulden kommen ließen. So wenig man Tod und Leid „aufrechnen“ sollte, so bemerkenswert ist doch die Erkenntnis, dass eine Kommune, die heute eigentlich nur als Ort freizügiger Lebensweise, angeführt von Rainer Langhans und Fritz Teufel, in Erinnerung ist, zur damaligen Zeit dieses politische Thema klarsichtiger betrachtete als die große gesellschaftliche Mehrheit.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de